ANTRAG / WEISUNG

Gemeindeordnung

Zusammenlegung der Schulgemeinde Wallisellen

mit der Politischen Gemeinde Wallisellen (Schaffung einer Einheitsgemeinde)

Allgemein-anregende Initiative von Harry Morger und sieben Mitunterzeichnenden

ANTRAG

Die Schulgemeindeversammlung vom 11. Juni 2007 beschliesst auf Antrag der Schulpflege gestützt auf Art. 14 lit. b Ziff. 3 der Schulgemeindeordnung:

1. Die allgemein-anregende Initiative von Harry Morger und sieben Mitunterzeichnenden vom 18. April 2007 betreffend Zusammenlegung der Schulgemeinde Wallisellen mit der Politischen Gemeinde Wallisellen (Schaffung einer Einheitsgemeinde) auf den Beginn der Amtsdauer 2010 bis 2014 wird abgelehnt.

Gemeindeordnung

Zusammenlegung der Schulgemeinde Wallisellen

mit der Politischen Gemeinde Wallisellen (Schaffung einer Einheitsgemeinde)

Allgemein-anregende Initiative von Harry Morger und sieben Mitunterzeichnenden

Initiativtext vom 18. April 2007

ANTRAG:

Die Unterzeichnenden, in Wallisellen wohnhaften Stimmberechtigten, reichen gestützt auf die §§ 50 und 116 des Zürcher Gemeindegesetzes (GG) folgende allgemein anregende Initiative ein: Der Gemeinderat und die Schulpflege werden beauftragt, eine Vorlage auszuarbeiten, um die Schulgemeinde Wallisellen und die Politische Gemeinde Wallisellen zusammenzuführen (Schaffung einer Einheitsgemeinde). Die neue Gemeindeordnung der Einheitsgemeinde soll auf den Beginn der Amtsdauer 2010 – 2014 in Kraft treten.

BEGRÜNDUNG:

- Vermeidung von administrativen Doppelspurigkeiten
- Mehr Transparenz für den Bürger
- Bessere Wertschöpfung des Steuerfrankens
- Entlastung der Schulpflege von administrativen Tätigkeiten
- Fokussierung der Schulpflege auf das Kerngeschäft
- Nur eine Gemeindeversammlung
- Gemeinsame Investitionsplanung
- Eine Gemeinde, eine Aufgabe, eine gemeinsame Führungsstruktur

FÜR DAS INITIATIVKOMITEE:

Erstunterzeichner:

Harry Morger

Mitunterzeichnende:

Heinz Hubmann

Jürg Niederhauser

Paul Birchler

Philipp Maurer

Heinz Vögelin

Marcel Egli

Esther Müller

Gemeindeordnung

Zusammenlegung der Schulgemeinde Wallisellen

mit der Politischen Gemeinde Wallisellen (Schaffung einer Einheitsgemeinde)

Allgemein-anregende Initiative von Harry Morger und sieben Mitunterzeichnenden

WEISUNG

1. Entwicklung und Vorgeschichte

Die selbstständige Schulgemeinde neben der Politischen Gemeinde und den Kirchgemeinden ist eine Eigenart mit langer Tradition im Kanton Zürich. Sie hat massgeblich dafür gesorgt, dass die öffentliche Volksschule weit herum einen hohen Standard hat. In der neuen Kantonsverfassung ist die autonome Schulgemeinde nach wie vor vorgesehen. Nur in Parlamentsgemeinden muss sie zwingend mit der Politischen Gemeinde vereinigt sein. Es trifft zu, dass in den letzten Jahren ein Trend zur Einheitsgemeinde zu beobachten ist. Der Anstoss kommt regelmässig von politischer Seite und nicht von der Schule. Allerdings ist der Trend rückläufig. Dort wo die Konsequenzen der Einheitsgemeinde sorgfältig analysiert und von der Schulbehörde aufgezeigt werden, scheitern die Vorhaben meistens, so z.B. im März 2007 in Dietlikon. Heute sind die überwiegende Mehrheit der Schulgemeinden im Kanton nach wie vor eigenständige Körperschaften.

In Wallisellen haben sich die Stimmberechtigten letztmals an der Schulgemeindeversammlung vom 7. Juli 2003 mit der Zusammenlegung von Schulgemeinde und Politischer Gemeinde befasst und diese auf Antrag der Schulpflege deutlich abgelehnt. Die Gründe, die damals zur Ablehnung führten, haben heute noch Gültigkeit. Es hat sich seither nichts verändert, was aus der Sicht der Schule zu einer Neubeurteilung führen könnte.

2. Folgen der Gemeindevereinigung

Wird die Schulgemeinde Wallisellen mit der Politischen Gemeinde fusioniert, ist sie keine eigenständige, der Politischen Gemeinde gleichgestellte Körperschaft mehr und verliert ihre Autonomie.

Obwohl die Schule mit rund 230 Mitarbeitenden der grösste öffentliche Dienstleistungsbetrieb ist, wird sie nur noch als ein Gemeinderessort geführt. Die Schulpflege wird zu einer so genannten Kommission mit selbstständiger Verwaltungsbefugnis abgestuft und dem Gemeinderat unterstellt. Das Schulpflegeamt verliert damit an Attraktivität.

Der Schulpräsident oder die Schulpräsidentin wird gleichzeitig Mitglied des Gemeinderates, mit dessen Geschäften er bzw. sie sich auch befassen muss. Dies führt zu einer zu starken Belastung und in einer grossen Gemeinde früher oder später zum Ruf nach einem Vollamt.

Die Aufgaben der Schulpflege richten sich wie bisher nach der kantonalen Schulgesetzgebung und verändern sich nicht. Sie leitet und beaufsichtigt die Schulen in der Gemeinde und vertritt sie gegen aussen.

In finanziellen Belangen behält die Schulpflege die Ausgabenkompetenz im Rahmen des Budgets, verliert aber die Budgetkompetenz. Der Gemeinderat allein beantragt der Gemeindeversammlung künftig das Budget. Damit treten die Bedürfnisse der Schule in direkte Konkurrenz zu den übrigen Gemeindeaufgaben, bzw. Gemeinderessorts, die auch je von einem Mitglied des Gemeinderates vertreten werden. Die Schule wird auf das Wohlwollen des Gemeinderates angewiesen sein. In diesem hat das Schulpräsidium nur eine Stimme.

In Sachgeschäften kann die Schulpflege zwar der Gemeindeversammlung Anträge stellen. Diese müssen aber über den Gemeinderat laufen, welcher einen ablehnenden Antrag stellen kann.

3. Zur Argumentation der Initianten

Um *administrative Doppelspurigkeiten* zu vermeiden, d.h. im nichtschulischen Bereich zusammen zu arbeiten, braucht es keine Fusion. Der umfangreichste und wichtigste Zweig, die Finanzverwaltung, ist bereits zusammen gelegt. Die beiden Gemeinden haben zudem einen gemeinsamen Liegenschaftenverwalter.

Für den Bürger / die Bürgerin entsteht nicht mehr *Transparenz* - im Gegenteil: Künftig wird in der Rechnung nicht mehr ersichtlich sein, was die Schule kostet. Die Einflussnahme der Bevölkerung auf die Geschicke der Schule in der Gemeindeversammlung wird massiv abgebaut.

Eine *bessere Wertschöpfung des Steuerfrankens* tritt nicht ein. Eine neuste wissenschaftliche Untersuchung an der Universität Fribourg am Beispiel der Gemeindeverhältnisse im Kanton Zürich kommt zum Schluss, dass getrennte autonome Schulgemeinden und Politische Gemeinden gegenüber Einheitsgemeinden effizienter sind und die Einheitsgemeinden keine Einsparungen bringen. Die Einheitsgemeinde führt vielmehr überall zu einer Steuererhöhung in der Grössenordnung von 1.37% bis 5.88%. Diese Untersuchung hält weiter fest, dass der Wettbewerb zwischen Politischer Gemeinde und Schulgemeinde sowie die direkten Kontrollmöglichkeiten durch die Bürgerinnen und Bürger überwiegend positive Auswirkungen auf die Schulqualität, die Kosten innerhalb der Schule als auch auf die Liegenschaftspreise haben.

Die Einheitsgemeinde führt in keiner Weise zu einer *Entlastung der Schulpflege*. Sie widmet sich heute schon dem „*Kerngeschäft*“ und wird wirksam unterstützt durch die neu eingerichteten Schulleitungen und administrativ entlastet durch eine effiziente Schulverwaltung. Zum Kerngeschäft müsste auch die Schulraumbeschaffung wie auch deren Ausgestaltung nach pädagogischen Gesichtspunkten gehören. Diese wäre künftig Aufgabe des Gemeinderates.

Die beiden *Gemeindeversammlungen* finden normalerweise am selben Abend statt. Dass die Stimmberechtigten jeweils zwei Rechnungen abnehmen und zwei Budgets genehmigen müssen, ist für die Walliseller Bürgerinnen und Bürger keine unzumutbare Belastung. Sie sind ohne weiteres in der Lage zu differenzieren und den Überblick zu halten. Dem stehen die grössere Transparenz und das grössere demokratische Mitwirkungsrecht gegenüber.

Falls sich künftig eine *gemeinsame Investitionsplanung* aufdrängt, steht dem nichts entgegen. Dazu braucht es keinen Zusammenschluss.

Mit dem Ruf nach einer *gemeinsamen Führungsstruktur*, mit der die Einheitsgemeinde als ei-ne Aufgabe geführt werden kann, sollen offenbar dem Gemeinderat Führungskompetenzen in der Schule übertragen werden. Ob die Interessen der Schule im Gemeinderat genügend berücksichtigt werden, ist mehr als fraglich.

Es ist bezeichnend, dass in der Initiative nirgends von den Schulkindern, den Eltern, den Lehrpersonen und der Qualität der Schule die Rede ist. Das erstaunt nicht, wenn man weiss, dass es bei der Frage der Einheitsgemeinde nicht um die Schule geht, sondern um Politik, Strukturen, Administration und um die Frage, wer in der Schule letztlich das Sagen hat. Darin gleicht die vorgeschlagene Zusammenlegung den Fusionen in der Wirtschaft, bei denen die Kunden, das Personal und die Produktequalität nicht im Vordergrund stehen. Die Schule Wallisellen legt beispielsweise grössten Wert auf die Elternmitwirkung und hat dafür eines der höchsten Budgets im Kanton. Es ist zu hoffen, dass dies weiter so bleibt.

Beurteilt man die Zweckmässigkeit einer Fusion aus rein betriebswirtschaftlicher Sicht, müsste sie zumindest eines der folgenden Ziele erreichen: Behebung von festgestellten Mängeln, höhere Effizienz, Kosteneinsparungen oder Qualitätssteigerung. Die Fusion zur Einheitsgemeinde erfüllt keines der genannten Ziele und verursacht sogar Mehrkosten.

4. Schlussbemerkungen

Die Bildung einer Einheitsgemeinde ist weder ein schulisches noch ein strukturelles Anliegen, sondern eine rein politische Frage, die von den Stimmberechtigten der Schulgemeinde und der Politischen Gemeinde entschieden werden muss.

Die Schule Wallisellen ist ein personalintensiver, gut geführter und funktionierender Betrieb, mit einer bemerkenswerten Kundenzufriedenheit. Es bestehen keine Mängel, die durch eine Fusion mit der Politischen Gemeinde behoben werden müssten und könnten.

Dort wo eine Zusammenarbeit mit der Politischen Gemeinde sinnvoll ist, wird sie bereits getätigt. Konstruktiver Zusammenarbeit in weiteren Bereichen, insbesondere in Gesellschaftsfragen, steht die Schulpflege positiv gegenüber. Eine Fusion ist dazu nicht erforderlich.

Die Schulpflege, welche von den Stimmberechtigten gewählt wurde, um die Interessen der Schule in Wallisellen zu wahren, muss klar gegen die Einheitsgemeinde Stellung nehmen. Sie bringt für die Schule keinerlei Vorteile und nur Nachteile. In diesem Sinne beantragt die Schulpflege die Initiative abzulehnen.

Wallisellen 21. Mai 2007 / wne

SCHULPFLEGE WALLISELLEN

Hanspeter Kündig
Präsident

Walter Neidhart
Sekretär

Referent:
Schulpräsident Hanspeter Kündig